

# Einladung

zur

28. Sitzung am Mittwoch, dem 09.03.2022, 14.00 Uhr

in Erfurt, Landtag, Raum F 101

## Tagesordnung:

### I. Öffentlicher Sitzungsteil

1. **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Neufassung); KOM (2021) 802 endg.**  
Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 b GO  
- [Vorlage 7/3355](#)-  
dazu: - [Vorlagen 7/3367 /3379 /3389 /3408/ 3420 /3431](#) -  
- [Vorlage 7/3396](#) - (Informationsbogen der Landtagsverwaltung)

hier: Mitberatung die Zuständigkeit des TMUEN betreffend

(**Beratung in öffentlicher Sitzung** gemäß § 78 Abs. 3a Satz 1 Nr. 3 GO)

### II. Nichtöffentlicher Sitzungsteil

2. a) **Durchörterung des Markscheidesicherheitspfeilers und Einstapelung von Produktionsabwässern in das Südwestfeld der Grube Springen**  
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 74 Abs. 2 GO  
- [Vorlage 7/2421](#) -  
dazu: - [Vorlagen 7/2513 /2765 /3228](#) - (schriftliche Berichterstattungen der Landesregierung)
- b) **Sanierung von unkontrollierten Laugenzutritten insbesondere am Querort 23 und der Altlasten im Kalibergbau-Werk Werra/Thüringen**  
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 74 Abs. 2 GO  
- [Vorlage 7/2422](#) -  
dazu: - [Vorlagen 7/2514](#) - (schriftliche Berichterstattung der Landesregierung)
- c) **Umweltfolgen des Kaliabbaus in der Werra-Region/Thüringen**

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 74 Abs. 2 GO

- [Vorlage 7/2423](#) -

dazu: - [Vorlagen 7/2515 /2765](#) - (schriftliche Berichterstattungen der Landesregierung)

- Kenntnisnahme 7/611 - (Informationen zur wasserrechtlichen Einleiterlaubnis salzhaltiger Abwässer aus den Werken Werra und Neuhof-Ellers in die Werra für die Jahre 2022 - 2027)
- Kenntnisnahme 7/615 - (Information zur Zurückweisung der Berufung des Freistaats im Streit um die Sanierungskosten für den Kalibergbau)
- Anlage zum Protokoll der 26. Sitzung am 8. Dezember 2021

dazu: - [Vorlage 7/3283](#) - (Unterlagenübersichten der K+S Minerals and Agriculture GmbH)

- [Vorlage 7/2270](#) (Erfüllung von Berichtersuchen aus der 17. Sitzung)
- [Vorlagen 7/708 /823 /872 /897NF /964 /1107 /1115 /1213](#) -
- [Vorlage 6/308/1637NF](#) (im AIS verfügbar) -
- [Zuschriften 7/813 /1134 /1164 /1165 /1166 /1169 /1170 /1171 /1172 /1173 /1174 /1175 /1176 /1177 /1178 /1183 /1184 /1185 /1186 /1187 /1191 /1192 /1193 /1194 /1204 /1205 /1207 /1226](#) -
- Kenntnisnahmen 7/93/123 -
- Kenntnisnahme 7/532 - (Inhaltsverzeichnis Materialsammlung „Kali“ - 1. bis 6. Wahlperiode)
- vom Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz zur Einsicht übergebene Unterlagen (vgl. E-Mail vom 26. Oktober 2020 sowie vom 11. November 2020) -
- weitere hinzuzuziehende Unterlagen (vgl. Tischvorlage der Landtagsverwaltung der 20. Sitzung)
- Tonprotokoll vom Gespräch mit der Firma Ercosplan am 13.04.2016 (vgl. E-Mail vom 04. November 2020) -
- bisherige Staatsverträge einschließlich des jeweiligen GVBI. (vgl. E-Mail vom 06. November 2020) -
- Drucksache 7/2455 (Ausfertigung des Beschlusses zum Entschließungsantrag in [Drucksache 7/2292](#) zum Gesetz zur Änderung des Kali-Staatsvertrags in [Drucksache 7/2033](#)) -
- Tischvorlage der Landesregierung: Übersichtskarte (vgl. Anlage zum Protokoll der 25. Sitzung) -
- [Vorlage 7/3078](#) - Materialsammlung Kali (Stand: ... )

(Fortsetzung der Beratung gemäß Festlegung in der 27. Sitzung)

**3. Konflikte zwischen großen Beutegreifern und der Weidetierhaltung durch wirksamen Herdenschutz, finanzielle Entschädigung bei Nutztierrißen und durch wirtschaftliche Stärkung der Weidewirtschaft vermindern**

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 74 Abs. 2 GO

- [Vorlage 7/3252](#) -

dazu: - [Vorlage 7/3427](#) - (schriftliche Berichterstattung der Landesregierung)

- [Vorlage 7/3453](#) - (Erfüllung eines Berichtersuchens aus der 27. Sitzung)

(Fortsetzung der Beratung gemäß Festlegung in der 27. Sitzung; vgl. Protokoll Seite 18; **Beschlussfassung zur Durchführung eines Anhörungsverfahrens**)

**4. Aktueller Stand der Umsetzung des Abwasserpakts und Bedarfslage in Bezug auf die Zielsetzung, bis 2030 einen thüringenweiten Anschlussgrad von 90 Prozent zu erreichen**

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 74 Abs. 2 GO

- [Vorlage 7/3253](#) -

dazu: - [Vorlage 7/3293](#) - (Übersicht der Landesregierung zur Abwasserentsorgung)

- [Vorlage 7/3454](#) - (Erfüllung von Berichtersuchen aus der 27. Sitzung)

(Fortsetzung der Beratung gemäß Festlegung in der 27. Sitzung)

**5. a) Ausbau der Westringkaskade zur ökologischen Stromerzeugung darf nicht zur Schädigung der ökologisch wertvollen Apfelstädtaue führen**

Antrag der Fraktion der CDU

- [Drucksache 7/2100](#) -

dazu: - [Drucksachen 7/2287NF /4375](#) -

- [Vorlage 7/2614](#) -

**b) Überarbeitung des Wassermanagements für die Apfelstadt zur gleichzeitigen Nutzung der Westringkaskade**

Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 74 Abs. 2 GO

- [Vorlage 7/3409](#) - \*)

**c) Ersuchen des Petitionsausschusses an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz um Mitberatung der Petition E-403/21 gemäß § 15 Abs. 2 S. 1 ThürPetG**

- [Vorlage 7/2943](#) -

dazu: - Protokoll der 25. Sitzung des Petitionsausschusses -

**6. Aktualisierung der Richtlinie des Freistaats Thüringen zur Förderung des Einsatzes von erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmebereich ‚Solar Invest‘**

Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 74 Abs. 2 GO

- [Vorlage 7/3430](#) - \*\*)

7. **Einsparungen im Haushalt des Ministeriums für Umwelt, Energie und Naturschutz infolge der vom Landtag beschlossenen Kürzung des Landeshaushalts 2022**  
Antrag der Fraktion der AfD gemäß § 74 Abs. 2 GO  
- [Vorlage 7/3446](#) - \*\*)
  
8. **Antrag nach § 80 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags auf Einsicht in Unterlagen eines parlamentarischen Vorgangs**  
- [Vorlage 7/3372](#) - (den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz betreffend)
  
9. **Sonstiges**

Hoffmann  
Vorsitzende

\*) Eine Unterstützung des Antrags gemäß § 74 Abs. 2 Satz 1 GO liegt vor.

\*\*) Eine Unterstützung des Antrags gemäß § 74 Abs. 2 Satz 1 GO liegt bisher nicht vor.

### **Hinweise:**

(Die Hinweise beziehen sich auf den Pandemie-Stufenplan des Thüringer Landtags. Sollte sich die Pandemiestufe bis zum Sitzungstermin ändern wird umgehend informiert; die aktuell für den Thüringer Landtag zutreffende Pandemie-Stufe einschließlich der damit verbundenen Hygieneregeln können Sie auch folgendem Link entnehmen: <https://www.thueringer-landtag.de/aktuelles/aktuelles/pandemie-stufenplan-des-thueringer-landtags/>):

Unter Bezugnahme auf den mit Wirkung vom 6. Oktober 2021 in Kraft getretenen Pandemie-Stufenplan des Thüringer Landtags, die derzeit gültige Pandemiestufe 3 sowie die Hausverfügung der Landtagspräsidentin vom 26. November 2021 wird darauf hingewiesen, dass der Zutritt zu den Ausschusssitzungen im Thüringer Landtag Beschränkungen unterliegt.

Zum Schutz aller ist das Betreten des Thüringer Landtags grundsätzlich nicht möglich, falls Sie Symptome einer Covid-19-Erkrankung zeigen oder Sie in den letzten 14 Tagen persönlichen Kontakt zu einer Person hatten, bei der das Coronavirus nachgewiesen wurde. Auf die besonderen Bestimmungen der Corona-Einreiseverordnung hinsichtlich des vorherigen Aufenthalts in einem gemäß aktueller Veröffentlichung des Robert Koch-Instituts als Risikogebiet eingestuften Gebiet wird ausdrücklich hingewiesen.

Des Weiteren werden die Thüringer Landesregierung, der Thüringer Landesrechnungshof, der Thüringer Verfassungsgerichtshof und die weiteren externen Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer gebeten, die Zahl ihrer Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer auf ein Mindestmaß zu begrenzen und der Verwaltung des Thüringer Landtags im Vorfeld der Sitzung u.a. zur Gewährleistung der Abstandsregelungen ihre Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer namentlich mitzuteilen. Neben dem Schutz und der Wahrung des freien Mandats darf dessen Ausübung auf keinen Fall zu einer Gefährdung von Leib und Leben anderer Abgeordneter, der Vertreterinnen und Vertreter anderer Verfassungsorgane sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen.

Zur Reduzierung von Kontakten, dem Schutz vor Infektionen sowie der möglichst weitgehenden Vermeidung von Schmierinfektionen über Gegenstände gilt für alle Personen die Abstandsregelung von mindestens 1,5 Metern Abstand zu anderen Personen und ein verstärktes Reinigungs- und Desinfektionsregime.

In allen geschlossenen Räumen, explizit auch in Eingangsbereichen, auf Fluren, in Treppenhäusern, in der Lobby, in Aufzügen und im Landtagsrestaurant besteht die Pflicht zum Tragen einer FFP-2-Maske.

Für eine generelle Freistellung von der Maskenpflicht muss ein schriftlicher Antrag unter Vorlage eines qualifizierten ärztlichen Attests bei der Landtagspräsidentin gestellt werden. Eine Zustimmung ergeht nur in Verbindung mit einer Bescheinigung über einen negativen Antigen-Schnelltest, der zum Zeitpunkt der Sitzungsteilnahme nicht älter als 24 Stunden sein darf bzw. eine Bescheinigung über einen negativen PCR-Test, der zum Zeitpunkt der Sitzungsteilnahme nicht älter als 48 Stunden sein darf.

In den Sitzungsräumen besteht die Pflicht zum ständigen Tragen einer FFP-2-Maske außer während Redebeiträgen auch am Sitzplatz.

Für den Zutritt zum Thüringer Landtag gilt die 3G-Regelung, wonach nur geimpften, genesenen oder negativ auf das SARS-CoV-2-Virus getesteten Personen Einlass zum Thüringer Landtag gewährt werden kann. Ausgenommen sind die Mitglieder des Thüringer Landtags, die Mitglieder des Kabinetts sowie die Präsidenten der Verfassungsorgane. Für andere Personen besteht die Möglichkeit, eine Sondergenehmigung zu beantragen. Diese wird von der Landtagspräsidentin oder in ihrem Auftrag durch den Direktor beim Landtag unter den Voraussetzungen erteilt, dass eine FFP-2-Maske für die Dauer des Aufenthalts getragen wird und der Zutritt für den Parlamentsbetrieb erforderlich ist.

Für den Zutritt zu den Ausschusssitzungen gilt darüber hinaus eine 1G-Regelung, wonach nur negativ auf das SARS-CoV-2-Virus getesteten Personen ein uneingeschränkter Zutritt zu und Aufenthalt in den Sitzungsräumen gewährt wird. Dies gilt auch für genesene und geimpfte Personen. Der Testnachweis ist durch eine Bescheinigung über einen negativen Antigen-Schnelltest, der zum Ende der jeweiligen Sitzung nicht älter als 24 Stunden sein darf, oder über einen negativen PCR-Test, welcher zum Ende der jeweiligen Sitzung nicht älter als 48 Stunden sein darf, zu erbringen. Laien-Selbsttests genügen den Anforderungen nicht.

Erbringen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Ausschusssitzungen keinen entsprechenden negativen Testnachweis, wird ihnen der Zutritt zum und Aufenthalt im

jeweiligen Sitzungsraum ausschließlich für die Nutzung hierfür vorgesehener und gekennzeichnete Sitzplätze gewährt, die einen deutlichen Abstand zu den anderen Sitzplätzen (mehr als zwei Meter) wahren.

Der Zutritt in den Landtag erfolgt ausschließlich über den Haupteingang (Wache Funktionsgebäude, inkl. Tiefgarage für Parkplatzeinhaber).

Externe Gäste, Besucherinnen und Besucher sowie Bedienstete der Ministerien haben zudem zum Zwecke der Kontaktnachverfolgung einen Fragebogen zur Selbstauskunft auszufüllen, um Zugang zum Landtagsgebäude zu erhalten:

[https://www.thueringer-landtag.de/fileadmin/user\\_upload/Fragebogen\\_Selbstauskunft\\_\\_Datenschutz\\_Nov.\\_2021.pdf](https://www.thueringer-landtag.de/fileadmin/user_upload/Fragebogen_Selbstauskunft__Datenschutz_Nov._2021.pdf)

Die Fragebögen zur Selbsteinschätzung sind an der Wache abzugeben. Bedienstete der Ministerien können die Fragebögen ebenso an der Wache abgeben oder vorzeigen und im jeweiligen Ministerium für mindestens drei Wochen hinterlegen.

Alternativ kann zur Kontaktnachverfolgung auch die Corona-Warn-App der Bundesregierung, herausgegeben vom Robert-Koch-Institut (RKI), genutzt werden.

Besucher von öffentlichen Ausschusssitzungen haben keinen Zutritt zu den Sitzungsräumen. Die Sitzungen können in einem gesonderten Raum per Videokonferenz mitverfolgt werden.

Davon unabhängig gelten die allgemeinen Hygieneregeln wie häufiges Händewaschen, die Wahrung der Niesetikette, regelmäßiges Lüften der Sitzungsräume und die Benutzung des Fahrstuhls durch max. zwei Personen unverändert fort.